

Johannes Müller SJ

Indonesien

Ein Riese auf schwankenden Füßen

Kommt man in europäischen Breitengraden auf Indonesien zu sprechen, so stellt man meist mit Erstaunen fest, daß auch relativ informierte Leute kaum etwas über dieses Inselreich wissen, ja es nicht selten nicht einmal geographisch zu orten vermögen. Indonesien ist offensichtlich ein weithin unbekanntes Land.

Dies ist im Grund schwer verständlich, wenn man bedenkt, welch zentrale geostrategische Lage dieser tropische Inselstaat mit seinen etwa 13 000 Inseln, von denen gut 1000 bewohnt sind, einnimmt. Er liegt im Kreuzpunkt zwischen Indochina und Australien, zwischen Indischem und Pazifischem Ozean, und erstreckt sich etwa 5000 km von West nach Ost und 2000 km von Nord nach Süd. Seine Landfläche (ca. 2 Millionen qkm) ist etwa achtmal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, wozu auf Grund der Insellage noch ausgedehnte Territorialgewässer hinzukommen, was angesichts der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der Meere von großer Bedeutung ist. Auch mit Bodenschätzen und sonstigen natürlichen Ressourcen ist dieses Land reich ausgestattet. Nicht zuletzt zählt es eine Bevölkerung von etwa 155 Millionen Menschen, womit Indonesien hinter China, Indien, UdSSR und USA an fünfter Stelle der Weltbevölkerung steht.

Schon diese wenigen Fakten sollten eigentlich Neugier wecken und lassen es der Mühe wert erscheinen, sich eine genauere Kenntnis dieses riesigen Landes anzueignen. Immerhin handelt es sich um eine potentielle Großmacht, der in der Zukunft möglicherweise eine wichtige weltpolitische Rolle zufällt. Leider regt sich ein angemessenes Interesse an derartigen Ländern der Dritten Welt ja meist erst dann, wenn sie durch krisenhafte Entwicklungen in die Schlagzeilen der Weltpresse geraten, und dann ist es nicht selten zu spät; man denke nur an die islamische Revolution im Iran. Im folgenden sollen darum einige wesentliche Aspekte und Probleme dieses Landes zumindest skizzenhaft dargestellt werden.

Indonesien zeichnet sich durch eine ungewöhnliche ethnisch-kulturelle *Vielfalt* aus. Hunderte von Völkern, Kulturen und Sprachen sowie eine Vielzahl von Religionen verteilen sich über dieses ausgedehnte Inselreich. Allerdings besitzen sie recht unterschiedliches Gewicht. In fast jeder Hinsicht zentral ist Java, wo fast zwei Drittel der indonesischen Bevölkerung leben, obwohl diese Insel nur die fünftgrößte des Landes ist. Auf Java selbst sind es vor allem die Javaner und die alte

javanische Kultur, die eine dominante Rolle spielen, obwohl auch dort noch andere bedeutende Völker leben, an erster Stelle die Sundanesen in Westjava. Der Einfluß der javanischen Volksgruppe, die fast die Hälfte der indonesischen Bevölkerung stellt, erstreckt sich aber längst auch auf die anderen Inseln. Freilich gibt es dort weitere bedeutende Bevölkerungsgruppen mit alten Kulturen, so etwa die Batak- und Minangkabauvölker in Sumatra, die Menadonesen und Buginesen in Celebes, die Dayaks in Borneo sowie die Balinesen, Floresen und Timoresen. Allein im dünnbesiedelten Westneuguinea leben Hunderte von Papuastämmen mit ihren verschiedenen Eigenkulturen. Schließlich gibt es noch eine bedeutende Minderheit von etwa vier Millionen Chinesen, die vor allem in den Städten leben.

Dieser kulturelle Reichtum birgt freilich auch Gefahren in sich, wie Indonesien in seiner Geschichte wiederholt erfahren hat. Ethnische Konflikte, Separationsbewegungen und die Dominanz Javas, die sich zum Beispiel in der Bezeichnung der anderen Inseln als „Äußere Inseln“ ausdrückt, haben immer wieder die nationale Einheit gefährdet. Um so erstaunlicher ist es, daß dieses ausgedehnte und vielfältige Land zu einer Nation zusammengewachsen ist. Einen ganz entscheidenden Beitrag hierzu leistet die *nationale Einheitssprache* „Bahasa Indonesia“, die erst in diesem Jahrhundert in Anlehnung an das Malaisische entwickelt wurde und heute von der großen Mehrzahl der Bevölkerung im ganzen Land beherrscht wird.

Auch die *religionssoziologische Zusammensetzung* Indonesiens läßt leicht verstehen, warum dieses Land unter dem Motto „Bhinneka Tunggal Ika“ (Einheit in Vielfalt) steht. Die größte Religionsgruppe ist der Islam, dem nominell etwa 80 Prozent der Bevölkerung angehören. Das bedeutet 120 bis 130 Millionen Muslime, womit Indonesien das bei weitem größte islamische Land der Welt ist. Diese Zahl bedarf allerdings einer einschränkenden Interpretation. Ein Großteil der Javaner bekennt sich nur bedingt oder gar nur nominell zum Islam. Ihr religiöser Hintergrund ist vielmehr eine synkretistische Mischung aus altjavanischen, buddhistischen, hinduistischen und islamischen Elementen mit vielen verschiedenen Akzenten. Dementsprechend „praktizieren“ sie auch nur begrenzt oder gar nicht. Dieser oft als „Javanische Religion“ bezeichnete Synkretismus erklärt auch zu einem guten Teil, warum der Islam das öffentliche Leben nur bedingt prägt und nie zur Staatsreligion erklärt wurde. Es ist daher auch keine Islamisierung à la Iran oder Pakistan zu erwarten. Neben diesen beiden Hauptreligionen spielen aber auch der Hinduismus (besonders in Bali), der Buddhismus, chinesische Religionen, das Christentum sowie zahlreiche Naturreligionen eine nicht unerhebliche Rolle.

Geschichtliche Wurzeln

Diese Vielfalt Indonesiens wurzelt in einer langen und wechselvollen Geschichte. Schon in der Zeit vor und um Christi Geburt gab es in diesem Archipel

hochentwickelte Kulturen und Reiche, wie man heute weiß, auch wenn die Einzelheiten weithin noch im Dunkel der Geschichte verborgen sind. Unter dem Einfluß indischer Hochkulturen entstand dann im Lauf des ersten Jahrhunderts eine blühende buddhistisch-hinduistische Kultursymbiose, die bedeutende politische Gebilde hervorbrachte wie etwa die Reiche Sriwidjaja in Sumatra und Madjapahit in Java. Der weltberühmte Borobudur-Tempel in Mitteljava ist ein einzigartiges Denkmal aus dieser Zeit, die sich gegen das Jahr 1500 ihrem Ende zuneigte. Seit dem 14. Jahrhundert breitete sich nämlich allmählich der Islam aus, anfangs vor allem durch Handelskontakte, später durch islamische Herrscherhäuser. Dieser Prozeß dauerte bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts an, nicht zuletzt als Reaktion gegen die Kolonialherren, und machte den Großteil Indonesiens zu einem islamischen Land, wenn auch mit den schon genannten Einschränkungen.

Im 16. Jahrhundert machte Indonesien erste Erfahrungen mit dem europäischen Kolonialismus, als Portugal in einigen Küstengebieten Stützpunkte errichtete. Mit Beginn des 17. Jahrhunderts begann dann die *niederländische Kolonisation*, die etwa 350 Jahre dauern sollte und dem unabhängigen Indonesien ein ausgesprochen schweres Erbe hinterließ. Die Holländer dehnten ihre Macht allmählich aus, bis sie im Lauf des 19. Jahrhunderts das Land im wesentlichen in ihre Gewalt gebracht hatten. Auf diese Zeit gehen auch die Anfänge der christlichen Mission zurück. Die gesamte Kolonialpolitik war darauf ausgerichtet, den natürlichen Reichtum und die Arbeitskräfte dieses Landes wirtschaftlich auszubeuten, und erst im 20. Jahrhundert gab es einige wenige Ansätze, die Lebensbedingungen der breiten Bevölkerung etwas zu verbessern. Politisch bediente sich die Kolonialmacht einer eher indirekten Herrschaft, indem sie sich möglichst auf lokale einheimische Herrscher stützte, was immerhin den ungewollten positiven Effekt hatte, daß die traditionellen Kulturen weithin intakt blieben.

Mit Beginn des 20. Jahrhunderts entstand allmählich eine nationale Unabhängigkeitsbewegung vielfältiger Ausprägung, die trotz mancher Rückschläge immer mehr an Gewicht gewann. Als die Japaner, die im Gefolge ihrer großasiatischen Expansionspolitik Indonesien 1942–1945 besetzt hielten, am Ende des Zweiten Weltkriegs kapitulieren mußten, nutzte das Land unter der Führung Sukarnos diese Gelegenheit, um am 17. August 1945 die *nationale Unabhängigkeit* zu erklären. Damit wollten sich freilich die uneinsichtigen ehemaligen Kolonialherren nicht einfach abfinden, was in den Jahren 1945–1949 zu einem unnötigen Revolutionskrieg mit vielen Opfern führte, ehe sich Indonesien endgültig seiner Freiheit erfreuen durfte.

Die folgenden 15 Jahre wurden vor allem von der charismatischen Persönlichkeit Sukarnos geprägt, dessen Hauptverdienst es wohl ist, diesen Inselstaat trotz mancher Schwierigkeiten zu einer nationalen Einheit und Identität geführt zu haben. Bis 1957 geschah das im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie nach westlichem Vorbild, die sich aber nach Meinung Sukarnos zunehmend als funk-

tionsunfähig und dem indonesischen Nationalcharakter nicht angepaßt erwies. Er ersetzte sie daher durch die sogenannte „Gelenkte Demokratie“ und „Gelenkte Ökonomie“. Innenpolitisch hatte dies die Politisierung des gesamten öffentlichen Lebens und wachsenden Autoritarismus zur Folge, wobei die national-populistische Partei Sukarnos (PNI), die mächtige kommunistische Partei (PKI), der politische Islam (mehrere Parteien) sowie das Militär mehr oder weniger offen um die politische Vormachtstellung rangen. Allein auf Grund der Persönlichkeit Sukarnos konnte ein gewisses Gleichgewicht zwischen diesen politischen Kräften gewahrt werden. Noch schwerer wog freilich der rapide wirtschaftliche Niedergang während dieser Epoche. Extreme Inflationsraten, Stagnation oder gar Zusammenbrüche in allen Produktionsbereichen, illusorische Entwicklungspläne und viele andere Faktoren führten zu wirtschaftlichem Chaos und zunehmender Verelendung der Bevölkerung. International geriet Indonesien immer mehr in eine selbstgewählte Isolation. Austritt aus der UNO, zunehmende Anlehnung an die Volksrepublik China („Achse Beijing-Jakarta“), militärische Übernahme der niederländischen Restkolonie Westneuguinea sowie eine scharfe Konfrontationspolitik gegenüber dem zum „neokolonialen Staatsgebilde“ erklärten Malaysia waren wichtige Marksteine dieses Kurses.

Das Trauma von 1965

Alle diese Entwicklungen gipfelten und explodierten schließlich in den traumatischen Ereignissen um und nach dem 30. September 1965 (als G30S/PKI eine feste Formel in Indonesien), deren genaue Hintergründe bis heute nicht unumstritten geklärt sind. An besagtem Datum gab es einen Putschversuch, in den die PKI zumindest stark verwickelt war, der einigen tausend Menschen das Leben kostete, darunter die gesamte militärische Spitze. Unter der entschlossenen Führung des heutigen Präsidenten *Suharto* schlug das Militär freilich sofort zurück und konnte im Lauf der nächsten Monate die Lage unter Kontrolle bringen und die Macht an sich reißen, unterstützt vor allem von Studenten- und Schülermassenorganisationen, aber auch von religiösen Gruppierungen. Diese Ereignisse, die in den folgenden beiden Jahren zur völligen Entmachtung Sukarnos führten, hinterließen tiefe Wunden, die bis heute nicht restlos vernarbt sind. Dieser Wendepunkt in der jüngeren indonesischen Geschichte setzte nämlich lange unterdrückte antikommunistische Gefühle frei und leitete eine allgemeine Kommunistenjagd ein, der einige hunderttausend Menschen zum Opfer fielen. Immerhin zählte die PKI mit ihren Parallelorganisationen vor dem Putsch einige Millionen Mitglieder. Hunderttausende wurden verhaftet und teils mehr als zehn Jahre ohne jedes gerichtliche Verfahren festgehalten. Erst 1980 wurden die letzten 10000 dieser politischen Häftlinge freigelassen.

Ohne diese traumatischen Ereignisse des Übergangs von der „Alten Ordnung“ zur „Neuen Ordnung“, wie die politische Sprachregelung in Indonesien lautet, läßt sich die politische Entwicklung der letzten beiden Jahrzehnte nicht oder nur sehr unzureichend verstehen. Die bleibende Furcht vor einer Wiederholung dieser Geschehnisse erklärt zumindest teilweise den ausgeprägten Antikommunismus, den autoritären Charakter der politischen Ordnung, die dominante Rolle des Militärs und nicht zuletzt die Annexion Osttimors.

Das indonesische Wirtschaftswunder

Die „Neue Ordnung“ bedeutete vor allem einen Wendepunkt in der völlig daniederliegenden Wirtschaft. Nach einer Phase der Stabilisierung und Konsolidation (z. B. Umschuldungen; Senken einer Inflationsrate von mehr als 600 Prozent) leitete die Regierung 1969 eine gezielte Entwicklungspolitik und -planung ein. Im April 1984 wird bereits der vierte Fünfjahresplan (Repelita IV) anlaufen. In den ersten beiden Plänen stand die fast ausschließlich ökonomisch verstandene Entwicklung im Mittelpunkt, doch seit dem dritten Plan 1979 erhalten auch die Probleme der ungleichen Verteilung, der absoluten Armut sowie die Befriedigung der Grundbedürfnisse immer mehr Aufmerksamkeit.

Diese Politik des Aufbaus (Pembangunan), wie man in Indonesien sagt, hat ohne Zweifel eine Reihe sehr beachtlicher Ergebnisse erbracht und zu einem enormen Aufschwung geführt, ganz besonders und primär, jedoch keineswegs ausschließlich im ökonomischen Bereich, was sich teilweise mit eindrucksvollen Zahlen belegen läßt. Manche sprechen sogar von einem Wirtschaftswunder. So betrug zum Beispiel das Wirtschaftswachstum 1970–1980 knapp 8 Prozent im Jahresdurchschnitt. Das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen wuchs in 15 Jahren von 100 auf mehr als 500 US-Dollar, womit Indonesien die Gruppe der allerärmsten Länder (LLDC) unlängst verlassen hat. Die Inflationsrate konnte auf durchschnittlich knapp 20 Prozent im Jahr gedrückt werden.

Die Produktion landwirtschaftlicher Güter, sowohl der Grundnahrungsmittel als auch der für den Export bestimmten Agrargüter, konnte durch eine „Grüne Revolution“ erheblich gesteigert werden. Die Reisproduktion als in diesem Land wichtigster Faktor konnte in 15 Jahren nahezu verdoppelt werden. Enorme Investitionen wurden in den Abbau natürlicher Bodenschätze gesteckt, was lange eine positive Handelsbilanz, beachtliche Währungsreserven und beträchtliche Mittel für Entwicklungsprojekte aller Art ermöglichte. Wesentliche Fortschritte wurden auch in der importsubstituierenden und in letzter Zeit auch der exportorientierten Industrie erzielt. All dies hat es möglich gemacht, die Grundbedürfnisse besser zu befriedigen sowie enorme Investitionen in Bereichen wie Infrastruktur, Gesundheit, Familienplanung, Bildung und soziale Wohlfahrt zu tätigen.

Positiv zu vermerken ist gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt auch, daß sich die internationale Verschuldung vergleichsweise in Grenzen hält, insofern die jährliche Schuldentilgung nicht die kritische Grenze von 20 Prozent der Exporterlöse übersteigt. Für seine Verdienste um diese Leistungen bekam Präsident Suharto unlängst den Ehrentitel „Vater der Entwicklung“ verliehen.

Schattenseiten des Wirtschaftswunders

Dennoch wird schon seit einigen Jahren immer deutlicher und lauter die Frage gestellt, ob die Ausrichtung dieser Entwicklungspolitik richtig ist und ob man die Fortschritte nicht zu teuer erkaufte hat. Es ist ein allgemeines Unbehagen an der zunehmenden Verwestlichung und Abhängigkeit vom Ausland in fast allen Lebensbereichen festzustellen. Diese Sorge ist ohne Zweifel nicht grundlos, denn die negativen Kehrseiten des Wirtschaftswunders zeigen sich immer deutlicher. Hier nur stichwortartig einige Beispiele: ein wachsendes Entwicklungsgefälle zwischen Stadt und Land; zunehmende Ungleichheit zwischen den Einkommensschichten (die Schicht der reichsten 10 Prozent verfügt über 35 Prozent des Nationaleinkommens); eine Zunahme der absoluten Zahl derer, die unterhalb der Armutsgrenze ihr Leben fristen müssen (mindestens 50 Millionen Menschen), obwohl ihr prozentualer Anteil gesunken ist; Verlust traditioneller Arbeitsplätze durch eine weithin kapitalintensive Industrialisierung; eine schnell wachsende Zahl von landlosen Bauern und Kleinbauern (in Java weit über 50 Prozent der ländlichen Bevölkerung), zum Teil als Folge einer primär auf Produktionssteigerung ausgerichteten Landwirtschaftspolitik; als Folge davon eine Arbeitslosenquote von faktisch mehr als 20 Prozent sowie zunehmende Urbanisierung mit all ihren negativen Folgeerscheinungen; Raubbau der natürlichen Ressourcen, besonders der tropischen Urwälder, und schwere ökologische Schäden; ein verschwenderischer westlicher Konsumstil der Oberschicht; ein sozio-kulturelles Wertevakuum, besonders unter der Jugend, was sich unter anderem in rapid steigender Kriminalität äußert; in zunehmendem Maß Bürokratismus, Korruption und kommerziell geförderter Materialismus. Vieles davon steht in direktem Gegensatz zur traditionellen Wertordnung.

Auf den ersten Blick fällt vieles davon freilich nicht unmittelbar ins Auge. Man darf sich allerdings nicht vom äußeren Eindruck blenden lassen. Will man sich ein realistisches Bild von der Lage machen, so muß man bedenken, daß, wenn bei einer Bevölkerung von 150 Millionen nur 20 Prozent in relativem Wohlstand leben, dies in absoluten Zahlen immerhin 30 Millionen Menschen sind, deren sichtbare Lebensverhältnisse sehr wohl den Eindruck eines blühenden Landes erwecken können. Darüber kann nur allzuleicht die Lage der übrigen 120 Millionen vergessen werden, deren Armut meist weniger ins Auge sticht.

Die politischen Kosten

Ähnlich ambivalent wie die ökonomische Bilanz fällt die politische Bilanz aus, auch wenn man in diesem Punkt besonders vorsichtig sein muß, einfach westliche Maßstäbe anzulegen. Seit 1965 besitzt das Militär faktisch alle politische Macht und gegen das Militär läßt sich so gut wie nichts durchsetzen. Ein Großteil der politischen Ämter auf allen Ebenen, aber auch zahllose führende Posten in Staatsbetrieben, Universitäten und fast allen anderen zivilen Bereichen sind von (oft pensionierten) Militärs besetzt. Dies wird mit der sogenannten „Doppelfunktion“ des Militärs, nämlich einer sicherheitspolitischen und einer sozialpolitischen, begründet. Weitere wichtige Machtträger sind einmal die sogenannten Technokraten, die weitgehend die Entwicklungspolitik der letzten 15 Jahre konzipiert und geplant haben, sowie die schon erwähnte chinesische Minderheit, die einen Großteil der Wirtschaft und vor allem des Handels beherrscht und funktionsfähig hält. Ein weiterer wichtiger politökonomischer Faktor ist das internationale Kapital, wobei Indonesien diesbezüglich besonders von Japan abhängig ist. Nach Meinung nicht weniger Beobachter ist es diese Machtkoalition aus Militär, Technokraten, Chinesen und transnationalen Unternehmen, die vom Wirtschaftswunder Indonesiens am meisten profitiert hat, wobei natürlich auch für die eine oder andere sonstige Gruppe, je nach Nähe zum Machtzentrum, noch einiges abgefallen ist. Zu bezahlen hatten dafür in erster Linie die ländliche Bevölkerung, immerhin fast 80 Prozent der Gesamtbevölkerung, sowie die städtische Marginalbevölkerung. Ihnen fiel im allgemeinen lediglich die passive Rolle von Objekten dieser Entwicklungspolitik zu.

Diese politische und sozioökonomische Lage enthält zweifelsohne eine Menge sozialen und politischen Zündstoff. Sporadische Proteste und Unruhen, die in der sogenannten „Malari“-Affäre im Januar 1974 und der mindestens 50 Tote fordern- den Wahlkampagne von 1982 gipfelten, sowie wiederholte antichinesische Ausschreitungen sind ein deutliches Indiz hierfür. Hinzu kommt eine latente Opposition in weiten Kreisen des Islam, der Studenten und der Intellektuellen. Die Regierung hat darauf eher autoritär mit einer Politik der „nationalen Sicherheit“ und „Ruhe-und-Ordnung“-Maßnahmen reagiert. Im Gefolge davon wurden immer wieder politische Grundrechte wie z. B. Presse- und akademische Freiheit, das Recht auf ordentliche Gerichtsverfahren oder das Recht auf freie Organisationen und Gewerkschaften erheblich eingeschränkt, wenn auch keineswegs völlig aufgehoben. Obwohl sich an dieser Konstellation auf Grund der dominierenden Position des Militärs in der näheren Zukunft kaum etwas Grundlegendes ändern wird, stellt sich doch unübersehbar die Frage, ob das politische System künftigen Herausforderungen und Konflikten gewachsen sein wird.

„Pancasila-Demokratie“

Die gegenwärtige Regierung ist sich dieser Problematik zweifellos bewußt und ist seit langem darum bemüht, eine der „nationalen Identität“ angepaßte politische Ordnung zu errichten, um so die politische Stabilität sowie die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu sichern. Diese Aufgabe soll, in deutlicher Abhebung sowohl zur westlichen Demokratie als auch zu sozialistischen Diktaturen, die „Pancasila-Demokratie“ leisten. Sie basiert auf der 1945 von Sukarno verkündeten Pancasila-Staatsphilosophie sowie der Staatsverfassung von 1945.

„Pancasila“, wörtlich fünf Prinzipien, beinhaltet folgende Grundwerte: Glaube an den einen Gott, Humanität, nationale Einheit, Demokratie nach indonesischem Muster und soziale Gerechtigkeit. Von besonderer Bedeutung sind das erste und vierte Prinzip. Das Prinzip „Glaube an den einen Gott“ kann als eine Art Kompromiß angesehen werden, der einerseits ein säkulares Staatsverständnis ausschließt, andererseits aber auch den Islam nicht zur Staatsreligion macht, eine Forderung, die zwar in jüngster Zeit durch eine begrenzte Renaissance des Islam wieder Auftrieb erhielt, auf Grund des starken Einflusses der „Javanischen Religion“ freilich wenig Chancen auf Erfolg besitzt.

Das Prinzip „Demokratie nach indonesischem Muster“, das heißt gemeinsame Beratung mit dem Ziel eines einmütigen Beschlusses, erlaubt das westliche „voting“ (Mehrheitsbeschluß) nur im Notfall. Es ist tief in der kulturellen Tradition des Landes verwurzelt, die ein korporatives Vorgehen ohne offene Konflikte bevorzugt, besonders auf der kommunalen Ebene. Dieses Prinzip vor allem hat der Regierung als Legitimation gedient, eine verhältnismäßig autoritäre politische Struktur zu errichten. Auf der einen Seite wurden die meisten demokratischen Institutionen wie etwa freie und allgemeine Wahlen, Gewaltenteilung sowie politische Grundrechte formell wiederhergestellt.

Auf der anderen Seite ist dieses System auf vielfältige Weise so abgesichert, daß sich an den gegenwärtigen Machtverhältnissen schwerlich etwas Grundlegendes ändern dürfte. So sind z. B. durch eine „Vereinfachung der Parteistruktur“ neben der Regierungspartei „Golkar“ (offiziell als funktionelle Gruppe bezeichnet) nur noch die islamische Einheitspartei PPP und die unbedeutende PDI, ein Konglomerat aus allen übrigen Parteien, erlaubt. Nur die PPP ist imstande, gelegentlich und sehr eingeschränkt als Opposition zu wirken, obwohl es offiziell, unter Berufung auf obiges Demokratieverständnis, überhaupt keine Opposition geben kann und darf. Besonders das Parteien- und Wahlgesetz bieten der Regierung darüber hinaus viele Möglichkeiten der Intervention, ganz zu schweigen von inoffiziellen Einschränkungen. Schließlich hat der Präsident das in der Verfassung nicht vorgesehene Recht, 100 von 460 Parlamentsmitgliedern zu ernennen, wodurch vor allem das Militär angemessen repräsentiert werden soll, das nicht aktiv an Wahlen teilnimmt, da es über den Parteien stehen soll.

Dementsprechend haben die vergangenen Wahlen, zuletzt 1982, immer zu eindeutigen Ergebnissen geführt. Golkar erhielt immer eine solide Mehrheit von über 60 Prozent der Stimmen, während der PPP knapp 30 Prozent und der PDI die restlichen circa sieben Prozent der Stimmen zufielen. Dank der zusätzlich ernannten Abgeordneten verfügt die Regierung damit über eine Zweidrittelmehrheit im Parlament (DPR) und in der fast noch wichtigeren Volksversammlung (MPR), die alle fünf Jahre zusammentritt, um den Präsidenten zu wählen und die Staatsrichtlinien (GBHN) festzulegen.

Dieses „korporative“ oder, weniger vornehm ausgedrückt, autoritäre und in vieler Hinsicht neofeudale politische System durchdringt zunehmend fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens, wovon ja bereits die Rede war. Dies geschieht besonders durch von der Regierung kontrollierte Einheitsinstitutionen und -organisationen, die mehr oder weniger freiwillig zustande kommen.

Zweifellos läßt sich diese politische Ordnung zum Teil mit den genannten bitteren historischen Erfahrungen rechtfertigen. Auch das Argument einer Indonesien eigenen politischen Kultur läßt sich nicht einfach von der Hand weisen. Schließlich ist auch nicht zu bestreiten, daß innerhalb der gesetzten Grenzen ein gewisses Maß an Freiheit herrscht, auf jeden Fall mehr als unter der „Gelenkten Demokratie“. Nichtsdestoweniger läßt sich die gegenwärtige Ordnung wohl am treffendsten mit dem Begriff „gemäßigte Militärdiktatur“ charakterisieren. Somit bestätigt sich auch in Indonesien die Erfahrung vieler Entwicklungsländer, daß nämlich ein eher kapitalistischer Entwicklungsweg mit erheblichen sozialen Problemen und autoritären Machtstrukturen zu bezahlen ist.

„Unabhängig-aktive“ Außenpolitik

Außenpolitisch vertritt Indonesien offiziell eine „unabhängig-aktive“ Linie, faktisch verfolgt es einen moderaten und eher unauffälligen Kurs mit engen Beziehungen zu den westlichen Industriestaaten und besonders Japan, dem wichtigsten Wirtschaftspartner. Der Isolationskurs Sukarnos wurde nach 1965 schnell aufgegeben, einmal auf Grund des schon genannten antikommunistischen Kurses, zum anderen, weil man auf westliche Wirtschaftshilfe angewiesen war. Dennoch konnte sich Indonesien eine gewisse Unabhängigkeit bewahren. Dazu hat ohne Zweifel auch der Zusammenschluß mit Thailand, Malaysia, Singapur und den Philippinen zur südostasiatischen Staatengemeinschaft ASEAN viel beigetragen. Innerhalb dieses regionalen Staatenbunds, der auch international immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist Indonesien das bei weitem größte Land. Als größte außenpolitische Gefahr betrachtet Indonesien noch immer die Volksrepublik China, weswegen es an einem relativ starken Vietnam als Pufferstaat zu China hin interessiert ist.

Größtes außenpolitisches, nach indonesischer Version innenpolitisches, Problem ist Osttimor. Diese ehemals portugiesische Kolonie mit etwas mehr als einer halben Million Einwohnern und geringem wirtschaftlichem Potential wurde im Dezember 1975 militärisch annektiert und wenig später als 27. Provinz dem Inselstaat eingegliedert. Dies geschah wohl hauptsächlich aus Furcht, Osttimor könnte unter einer sozialistisch orientierten Fretilin-Regierung zu einer kommunistischen Infiltrationsbasis werden. Die Okkupation selbst stieß auf unerwartet heftigen Widerstand und führte zu einem blutigen Guerillakrieg, der sich jahrelang hinzog. Er kostete eine Unzahl von Menschenleben, vermutlich weit über 100 000, teils im Gefolge der kriegesischen Auseinandersetzungen, teils als Folge von Hungersnöten und Umsiedlungsmaßnahmen. Erst in den letzten Jahren hat die indonesische Regierung größere Anstrengungen unternommen, dieses Gebiet wiederaufzubauen und zu befrieden. Obwohl es auf internationaler Ebene noch Kontroversen um seinen Status gibt, dürfte sich an seiner Zugehörigkeit zu Indonesien kaum mehr etwas ändern.

Ungewisse Zukunftsperspektive

Zieht man eine Bilanz der Entwicklung Indonesiens in den vergangenen 15 Jahren, so tut man sich schwer. Der Wechsel von Licht- und Schattenseiten ergibt ein unklares Bild. Vermutlich wird erst die Entwicklung in den kommenden fünf bis zehn Jahren zeigen, ob der Saldo unter dem Strich insgesamt eher positiv oder negativ ausfällt. Zweifellos ist Indonesien eine potentielle Großmacht, zumindest in bezug auf die südostasiatische Region. Andererseits hat das Land mit zahlreichen inneren Problemen zu kämpfen, die es auch nach außen schwächen und abhängig machen könnten. Gerade die Entwicklung in jüngster Zeit gibt zusätzlichen Anlaß zu nicht geringen Sorgen.

Der Wirtschaftsboom Indonesiens in der vergangenen Dekade wurde zu einem großen Teil durch unerwartet hohe Erdöleinnahmen ermöglicht. Sie deckten Jahr für Jahr weit über die Hälfte des Entwicklungsbudgets. Die gegenwärtige weltwirtschaftliche Rezession und die damit zusammenhängende Krise am Ölmarkt, an der sich in absehbarer Zukunft kaum etwas ändern dürfte, haben die wirtschaftliche Position Indonesiens sehr geschwächt. Das Wirtschaftswachstum ging bereits 1982 rapide auf 2,25 Prozent zurück und die Außenhandelsbilanz fiel zum ersten Mal seit langem wieder negativ aus. Hinzu kamen andere Krisenmerkmale wie zum Beispiel erhöhte Inflation, sinkende Devisenreserven und zunehmende internationale Verschuldung. Eine extreme Trockenperiode hatte eine geringere Reisernte als erwartet zur Folge, was zusätzliche Devisen für Reisimporte notwendig macht.

Alternative Deviseneinnahmen zeichnen sich kaum ab, einmal weil auch die Preise für andere Rohstoffe eher sinken, zum anderen weil man mit den eigenen

Ressourcen zu sparen beginnen muß. Dies gilt etwa für den Holzexport, einen der wichtigsten Devisenbringer, sollen die tropischen Regenwälder nicht völlig zerstört werden. Selbst die sowieso schon relativ begrenzten Erdölvorräte werden zunehmend für den eigenen Konsum gebraucht. Industrielle Exportprodukte werden diese Lücke noch auf lange Zeit nicht schließen können.

Als Antwort darauf hat die Regierung 1983 eine ziemlich einschneidende Austeritätspolitik eingeschlagen, indem sie etwa Subventionen strich, eine Abwertung des Rupiah vornahm und zahlreiche Industrieprojekte kürzte oder strich. Andere Länder der Region wie zum Beispiel die Philippinen waren allerdings zu einem ähnlichen Kurs gezwungen. Da derartige Maßnahmen erfahrungsgemäß besonders die arme Bevölkerung treffen, sind in Zukunft eher noch größere soziale Probleme und Konflikte zu erwarten.

Zusätzlich verschärft wird diese Lage durch das beunruhigende Bevölkerungswachstum Indonesiens sowie die extrem ungleiche Bevölkerungsverteilung. Zwischen 1971 und 1981 wuchs die Bevölkerung jährlich um durchschnittlich 2,3 Prozent, was eine Zunahme von etwa 30 Millionen Menschen bedeutete, und das trotz intensiver und relativ erfolgreicher Familienplanung. Bis zum Jahr 2000 wird die Bevölkerung von gegenwärtig 155 auf (im günstigsten Fall) 210 Millionen Menschen anwachsen. Mehr als 60 Prozent davon leben auf Java, obwohl diese Insel nur knapp sieben Prozent der Gesamtfläche Indonesiens umfaßt (etwa die Hälfte der Fläche der Bundesrepublik Deutschland). Damit ist Java total überbevölkert. Im Jahr 2000 wird es mindestens 125 Millionen Einwohner zählen, was eine Bevölkerungsdichte von etwa 1000 Einwohnern pro qkm bedeutet. Dies schafft allein schon eine fast unerträgliche soziale Dichte, ganz zu schweigen von allen anderen Problemen. Die Hauptstadt Jakarta mit ihren jetzt schon sechs bis sieben Millionen Einwohnern wird schätzungsweise im gleichen Zeitraum auf 17 Millionen anwachsen. Alle Bemühungen, einen Teil der Bevölkerung Javas auf die anderen Inseln umzusiedeln, worum sich die Regierung seit Jahren mit ihrem großangelegten Transmigrationsprogramm bemüht, können dieses Problem bestenfalls etwas mildern, aber keineswegs lösen.

All diese Probleme bedeuten natürlich auch eine gewaltige Herausforderung an das gegenwärtige politische System, dessen Tragfähigkeit und Kontinuität sich zu erweisen haben wird. Eines der kritischsten Probleme in diesem Zusammenhang ist das politische Generationsproblem beziehungsweise der Übergang in die Zeit nach Suharto. Da dieser Übergang bisher wenig vorbereitet erscheint, ist nicht auszuschließen, daß nach dem Abtritt dieses starken Mannes, der für 1988 erwartet wird, alte Gegensätze und Friktionen wieder aufbrechen, möglicherweise sogar innerhalb des Militärs. Auf jeden Fall drängt die Zeit angesichts all der genannten Probleme. Zusammenfassend läßt sich Indonesien, betrachtet man die gegenwärtige Lage und die mittelfristigen Perspektiven, vielleicht am besten als Riese auf schwankenden Füßen charakterisieren.

Kirchen zwischen Anpassung und prophetischem Zeugnis

Ein paar Worte schließlich noch zu den ausgesprochen jungen christlichen Kirchen Indonesiens, die, außer in einigen wenigen Gebieten (Flores, Timor, Molukken, Nordcelesbes, Westneuguinea, Batakgebiet in Nordsumatra), nur eine sehr kleine Minderheit darstellen. Um so beachtlicher ist es, daß sie nur selten in eine Ghetto mentalität verfallen sind. Im Gegenteil, sie spielen in fast allen Bereichen des öffentlichen Lebens eine unproportional wichtige Rolle. Dies ist einer der Gründe, warum sie von manchen islamischen Kreisen mit erheblichem Mißtrauen betrachtet werden. Ein zweiter Grund liegt darin, daß sie, besonders in den Jahren nach 1965, vorwiegend unter städtischen Chinesen und in der gebildeten Mittelschicht viele neue Mitglieder gewonnen haben, nicht zuletzt dank eines recht fortschrittlichen Images. Dies hat ihnen den Vorwurf des Proselytismus bzw. der Christianisierung eingetragen. Umgekehrt gibt es aber auch in weiten Kreisen der Christen eine Art Phobie vor dem Islam, die ebenso übertrieben erscheint. Berücksichtigt man, daß Indonesien ein sehr stark islamisch geprägtes Land darstellt, so haben sich die Kirchen seit 1945 großer Freiheit erfreut, auch wenn es hin und wieder zu lokalen Konflikten kam. Dies hat freilich manchmal zu einer zu großen Anpassung und in bestimmten Fällen sogar zu einer Verflechtung mit den jeweiligen politischen Machträgern geführt, die auch ihrerseits an einer Begrenzung des politischen Einflusses des Islam interessiert waren.

Hier bahnt sich in jüngerer Zeit allerdings ein gewisser Wandel an. Eine zunehmende Anzahl von Christen, auch in den Kirchenleitungen, geht auf mehr Distanz zum politischen System oder bezieht sogar eine eher kritische Position. Dieser Wandel hat verschiedene Wurzeln. Einmal erlebt die Mehrzahl der weitverstreuten christlichen Gemeinden die Armut und Not des Landes am eigenen Leib. Zum anderen sind diese kleinen Gemeinden fast notgedrungen eher basiskirchlich orientiert, was sie für ein Christentum, das den inneren Zusammenhang von Glaube und Einsatz für Gerechtigkeit betont, sehr empfänglich macht. Schließlich haben einige restriktive Maßnahmen der Regierung in den letzten Jahren ebenfalls zur Ernüchterung beigetragen.

Diese Entwicklung hat zu einer gewissen Spannung zwischen den mehr etablierten und angepaßten Christen einerseits und den eher das prophetische Zeugnis betonenden Christen andererseits geführt, einer Spannung allerdings, die eher latent ist und nur selten nach außen sichtbar wird. All das läßt erwarten, daß die Kirchen in den nächsten Jahren möglicherweise mit mehr Schwierigkeiten konfrontiert sein werden. Da es sich aber um recht lebendige und eigenständige Kirchen handelt, die verhältnismäßig gut inkulturiert sind, darf man zuversichtlich sein, daß sie sich den kommenden Herausforderungen gewachsen zeigen werden.